



Nr. 4 / 13. Januar 2017

## **Einladung an die Medien: Vortrag „Landespolitik mit Vergangenheit“**

**Am Mittwoch, 18. Januar, hält Professor Uwe Danker im Landeshaus einen Vortrag zum Thema „Landespolitik mit Vergangenheit“. Nachdem das Parlament in der Plenarsitzung am 16. Dezember 2016 die kürzlich erschienene Studie „Geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuitäten nach 1945 in der schleswig-holsteinischen Legislative und Exekutive“ diskutiert hat, stellt Professor Danker am Mittwoch die Ergebnisse seiner mehrjährigen Untersuchung vor. Der Landesbeauftragte für politische Bildung veranstaltet den Vortragsabend gemeinsam mit der „Regionalen Arbeitsgruppe Schleswig-Holstein von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“**

Zur Veranstaltung am

**Mittwoch, 18. Januar, 18 Uhr**

**im Plenarsaal des Landeshauses, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel**

sind Vertreterinnen und Vertreter der Medien herzlich eingeladen.

Anmeldungen für die Veranstaltung werden bis zum 16. Januar per E-Mail an [ljb@landtag.ltsh.de](mailto:ljb@landtag.ltsh.de) oder telefonisch unter 0431/9881646 entgegengenommen.

Der Eintritt ist frei, bitte bringen Sie einen Personalausweis mit.

Hintergrund: Der Landtag hatte 2013 beschlossen, die NS-Vergangenheit der schleswig-holsteinischen Legislative und Exekutive historisch aufarbeiten zu lassen. Professor Uwe Danker und Sebastian Lehmann-Himmel vom IZRG der Europa-Universität Flensburg haben mit weiteren Mitwirkenden personelle Kontinuitäten in der Landespolitik nach 1945 und denkbare Auswirkungen auf politisches Handeln untersucht.

Professor Danker wird Projektanlage und -verlauf schildern und die statistischen Ergebnisse zum „Fall Schleswig-Holstein“ auch im Vergleich zu anderen Bundesländern sowie auf Basis neuer Methodik die realen NS-Profile der untersuchten, in der Untersuchung namentlich aufgeführten, 390 späteren Landespolitikerinnen und Landespolitikern vorstellen. Schließlich wird Professor Danker anhand ausgewählter Landtagsaktivitäten zeigen, ob Schleswig-Holsteins Vergangenheitspolitik nun neu zu lesen ist.